



Düsseldorf, 21. Oktober 2015.

Presseerklärung:

AfD Mittelstandsforum NRW lehnt Zwangsentziehungen + Kündigungen von Mietern zur Unterbringung von Flüchtlingen strikt ab

Düsseldorf, 21. Oktober 2015.

Das AfD Mittelstandsforum - NRW verurteilt in aller Klarheit die Änderungen der Rechtspraxis in Hamburg und Bremen, und warnt vor einer Einführung dieser Vorgehensweisen in Nordrhein-Westfalen:

Zwei wesentliche in unserem Grundgesetz garantierte Rechte,

- das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung, sowie
- der Schutz des privaten Eigentums vor staatlicher Willkür

dürfen nicht eingeschränkt werden.

Das AfD - Mittelstandsforum NRW lehnt staatliche Eingriffe, die dagegen verstoßen als verfassungswidrig ab und fordert einen sofortigen Stopp dieser geplanten Zwangsentziehungen und Beschlagnahmungen von Immobilienbesitz.

Die im Grundgesetz festgeschriebene soziale Verantwortung des Eigentums verbietet auch die Kündigung langjähriger Mieter in kommunalem Wohnraum zur Unterbringung neuer, politisch gewollter Bewohner.

Wohnraum ist sowohl eine existentielle Notwendigkeit für jeden Bürger, als auch eine Investitionsmöglichkeit für jeden Anleger. –

Ohne Eigentumsгарантиen, und realistische Anreize für Investoren sind diese Interessen nicht zusammen zu führen.-

Die staatliche Aufgabe in einer sozialen Marktwirtschaft ist lediglich, einen Rechtsrahmen für die ausgewogene Koordinierung dieser Interessen zu setzen.

Darauf muss der staatliche Einfluss demokratisch beschränkt werden, um weder den Mittelstand, noch die Bürger ideologischer Willkür auszuliefern.

Ingo Schumacher

Mittelstandsforum der AfD e.V.

Schriftführer Landesverband NRW

mobil: +49 15 75 31 71 950

mail: ingo.schumacher@msf-nrw.de

www.mittelstandsforum-nrw.de